



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
am 10. Dezember 2013  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Stefan Spallek**

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 18:00 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 57/13, 59/13)

(Drucksachenband 180)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0108 Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Die Punkte 5, 6 und 7 werden gemeinsam beraten.

Einstimmig

### 0109 Genehmigung der Niederschrift vom 12.11.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 01.10.2013 wird genehmigt.

Einstimmig

### 0110 13-F-03-0126

Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben: Planungszelle  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4.11.2013 -

Stv. Hagenmüller begründet den Antrag. Er berichtet, dass Planungszellen entscheidungsorientiert und erprobte Problemlöser seien. Man brauche mehr Bürgerbeteiligung. Er möchte wissen, wo die Planungszelle eingesetzt werden kann und fragt nach geeigneten Bebauungsplänen oder Baugebieten.

Zu diesem Thema sind Frau de Veer (Stadtplanungsamt) und Herr Simon (Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik) anwesend.

Frau de Veer erklärt, dass es bei Einsatz der Planungszelle parallele Arbeitsgruppen gäbe. Die Planungszelle sei Ansatz von vielen Instrumenten. Sie verweist darauf, dass der Oberbürgermeister eine Arbeitsgruppe eingesetzt und die Stadtverordnetenversammlung einen Dialogischen Prozess beschlossen habe.

Hauptpunkt sei, wie man Bürger zu mehr Mitarbeit aktivieren könne.

Herr Simon berichtet zur Entstehung der Planungszelle, dass ein Wuppertaler Soziologe diese Anfang 1970 entwickelt habe.

Die Planungszelle hat Besonderheiten und Stärken:

- Kombination von Beteiligung, Beratung, Experten- und Bürgergutachten - Ergebnis ist Entscheidungsvorbereitung, nicht Entscheidung
- Versuch der repräsentativen Beteiligung durch Zufallsbeteiligung (auch ohne Vorkenntnisse)
- weitgehend sachorientierter Konsens

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 10. Dezember 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

- 
- gute Informiertheit - entwickelt sich zu Expertenwissen
  - nicht nur einmalige Planungszellen, sondern mehrere Gruppen zum selben Thema, leicht zeitversetzt, Kumulation von Lernerfahrung
  - nicht nur bei Planungsvorhaben, sondern für alle möglichen Themenbereiche anwendbar

Schwächen:

- soziale Selektivität wird nicht aufgehoben, Menschen mit Vorsprung an Bildung und Information im Vordergrund
- sehr aufwendiges Verfahren (Zeit, Personal, Kosten)
- Bürgergutachten ist nur Beratungsgrundlage
- Berufstätige und verpflichtete Personen müssen durch andere ersetzt werden
- auf Goodwill der Beteiligten angewiesen

Die Planungszelle ist sicher für schwierige und komplizierte Fragen geeignet (z. B. technologische Innovation), aber nicht für alle Verfahren sinnvoll anwendbar.

Weitere Überlegungen zur Planungszelle sollten nach Meinung von Herrn Simon im Gesamtpaket „Bürgerbeteiligung - Dialogischer Prozess“ aufgenommen werden.

Stv. Hagenmüller findet es nicht nachteilig, dass die Entscheidung weiterhin bei der Politik liegt.

Herr Simon erklärt, dass das Bürgergutachten die eine Seite ist. Wie dies angenommen wird, die andere Seite. Nach seiner Auffassung sollte der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft weiterentwickelt werden. Der Informationsaustausch von Anfang an sollte gemeinsam angegangen werden.

Stv. Schickel weist darauf hin, dass die Entscheidung bei der Stadtverordnetenversammlung liegt. Die Planungszelle hält er für einen hochinteressanten Ansatz und begrüßt den Vorschlag, diese als Baustein in das Gesamtkonzept einzubauen.

Vors. Spallek stellt noch einmal klar, dass die Stadtverordnetenversammlung zunächst ein Konzept von der Verwaltung erhalten möchte, aus dem dann ein Konzept zur Umsetzung entwickelt werden soll. Die Stadtverordnetenversammlung bekommt sozusagen einen Fahrplan, wie Bürgerbeteiligung aussehen könnte. Dabei sollte es zunächst bleiben. Mit den jetzigen Vorschlägen marschiere die Verwaltung einen Schritt zu weit.

Auf Nachfrage von Stv. Dr. Wittkowski berichtet Herr Simon, dass die Planungszelle in Wiesbaden noch nie erprobt wurde, obwohl sie seit den 70iger Jahren bekannt ist.

Der Bericht der Verwaltung bleibt abzuwarten.

Einstimmig

0111 13-F-33-0107

Sicherheitskonzept Kulturpark  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.12.2013 -

**Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 10. Dezember 2013**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag.

Stadtrat Dr. Franz berichtet, dass der Magistrat am heutigen Tag ein Konzept zur Kenntnis genommen habe. Im September 2012 habe die damalige Stadträtin zu dem Thema berichtet. Im Präventionsrat soll das Konzept erörtert werden.

Er wird dem Ausschuss schriftlich zu dem Antrag berichten, da es sich um eine komplexe Angelegenheit handele.

Enth. Linke&Piraten

**0112 13-F-08-0100**

Schriftliche Einreichung von Bürgerfragen  
- Antrag von Linke&Piraten vom 04.12.2013 -

Stv. Seipel-Rotter begründet den Antrag. Er berichtet, dass es kein einheitliches Verfahren für die Bürgerfragestunde in den Ausschüssen gäbe.

Stadtverordnete könnten für die Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung Fragen schriftlich einreichen, so dass sich der Magistrat vorbereiten und diese dann in öffentlicher Sitzung beantworten kann. Dies sei in den Ausschüssen nicht möglich. Es gäbe Bürger mit viel Sachverstand, die Fragen in den Ausschüssen stellen. Manchmal sage der Magistrat die Beantwortung der Fragen zu, manchmal nicht.

Wenn auch Fragen für die Bürgerfragestunde vorher eingereicht würden, könnten sich auch die Stadtverordneten besser vorbereiten.

Vors. Spallek verweist auf die Geschäftsordnung, in der das Verfahren zur Bürgerfragestunde klar geregelt ist.

Es sollen grundsätzlich Fragen gestellt werden, aber oft würden Statements abgegeben.

Die Fragen dürfen vom Ausschuss an den Magistrat weitergespielt werden.

Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales würden häufig Fragen zu laufenden Verfahren gestellt, dazu seien keine Auskünfte möglich.

Jeder Bürger könne Fragen an den Magistrat richten. Außerdem gäbe es ein Bürgerreferat.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration könne anderen Ausschüssen nicht vorschreiben, ob diese die Fragestunde durchführen oder nicht.

Der Antrag sei in vielen Punkten nicht klar und schlecht recherchiert. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Stv. Schickel verweist auf seinen Vorsitz im Ausschuss für Schule und Kultur. Dort würde auf die Fragestunde hingewiesen.

Im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit achte der Vorsitzende sehr auf die Einhaltung der Fragestunde.

Der Antrag enthielt falsche Behauptungen.

Vors. Spallek berichtet über die Möglichkeit, Bürger als fachkundige Bürger an Gesprächen zu einzelnen Punkten zu beteiligen, wie es z. B. bei Herrn Nasri oder den Integrationsbeauftragten praktiziert wurde.

**Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 10. Dezember 2013**

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Stv. Kisseler erklärt, dass auch seine Fraktion an dem Thema dran sei. Man könnte sicher allgemein an der Bürgerbeteiligung etwas verbessern, aber ob man das unbedingt an der Bürgerfragestunde aufhängen sollte?

Den Vergleich zur Fragestunde in der Stadtverordnetenversammlung hält er nicht unbedingt für den besten. Auch die Fragestunde nähme er mit Schmunzeln auf. Man spiele sich gegenseitig die Bälle zu. Im besten Fall würde eine Aktuelle Stunde einberufen.

Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung müssten besser kommuniziert werden - dort müssten alle Überlegungen einfließen.

Lt. Stv. Schickel gäbe es 2 Ausschüsse ohne Bürgerfragestunde - den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung und den Ältestenausschuss, der als einziger Ausschuss nicht öffentlich tage. Im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung gäbe es in der Regel keine teilnehmenden Bürger. Wenn es aber wirklich einen Bürger geben würde, der Fragen an den Ausschuss formulieren möchte, würde dies Vorsitzender Horschler sicher zulassen.

Stv. Seipel-Rotter kann die Argumente akzeptieren. Es wäre einfach angebracht, wenn Bürger ihre Fragen auch öffentlich machen könnten.

Stv. Dumont du Voitel berichtet, dass im Ausschuss für Gesundheit und Soziales oft Bürger mit privaten Angelegenheiten um Gehör bitten. Der Ausschuss sei nicht nur keine Rechtsberatung, sondern dürfe gar keine Rechtsberatung geben.

Vors. Spallek beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären. Dieser Antrag wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke&Piraten angenommen

**0113            Bericht der Dezernentin**

Frau Stadträtin Scholz berichtet über eine Ausstellung im Schaufenster Stadtmuseum mit dem Thema „Deutschland für Anfänger“.

Sie teilt dem Ausschuss außerdem mit, dass das Integrationskonzept fortgeschrieben werden muss und lädt den Ausschuss ein mitzuarbeiten.

Am 11.07.2014 findet die nächste Integrationskonferenz im Roncalli-Haus Wiesbaden statt.

Zu den einzelnen Arbeitsgruppen usw. wird dem Ausschuss ein Handout zur Verfügung gestellt

Einstimmig

**0114            13-V-33-0005**

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten - Leitlinien

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration am 10. Dezember 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

0115 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012  
-

Einstimmig

0116 13-V-33-0007

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für Integrationsaufgaben

Einstimmig

0117 13-V-33-0009

Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln 2014 für die Einführung einer Kundensteuerung bei  
der Ausländerbehörde

Einstimmig

0118 Verschiedenes

- Im Februar 2014 findet die Ausschusssitzung gemeinsam mit dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zum Thema „Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten“ statt.
- Wahrscheinlich findet am 25.03.14 eine Ausschusssitzung in den Räumen der DITIB statt.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .01.2014

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Spallek

Weck

Koba